



Florian Alexander Kirsch

Zur Geltung des Gesetzlichkeitsprinzips im Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuchs

Strafrechtliche Abhandlungen N.F., Band 254

333 Seiten, 2014

Print: <978-3-428-14462-4> € 79,90

E-Book: <978-3-428-54462-2> € 71,90

Print & E-Book: <978-3-428-84462-3> € 95,90

Die Frage, ob bzw. inwieweit der Nullum-crimen-Satz nicht nur Anforderungen an die Tatbestände des BT, sondern auch an die Zurechnungs- und Vorrangregeln des AT stellt, liegt auf einer Schnittstelle von Strafrecht, allgemeiner Methodenlehre und Verfassungsrecht. Bislang ist sie allerdings unzureichend beantwortet. Normen wie § 13 I StGB werfen im Hinblick auf ihre ausreichende gesetzliche Bestimmtheit nach wie vor Zweifel auf. Ebenso erscheint weiterhin unklar, wie bei solchen Normen die Überschreitung ihrer semantischen Grenzen und damit der Verstoß gegen das Analogieverbot festgestellt werden soll. Mit der vorliegenden Arbeit führt der Autor die Problematik einer verfassungsrechtlich abgesicherten und praxisgerechten Lösung zu. Im Wege einer präziseren Bestimmung des Gewährleistungsgehaltes von Art. 103 II GG begründet er, warum an die gesetzliche Bestimmtheit der Regelungen des AT nur abgeschwächte Anforderungen zu stellen sind. Gleichzeitig werden die Leistungen von Rechtsanwendung und Rechtslehre bei der hier notwendigen Präzisierung anerkannt, aber auch verstärkt in die Pflicht genommen.

Inhalt

A. Einleitung

Problemaufriss — Der Satz nullum crimen, nulla poena sine lege und seine Ausformungen im Überblick — Verhältnis der Einzelverbürgungen zueinander — Kritik am »strafrechtlichen Grundmodell« — Gang der Untersuchung

B. Historische Entwicklung mit Blick auf die verfolgten Zwecke, internationaler Überblick

Historische Entwicklung des Gesetzlichkeitsprinzips unter Berücksichtigung des Verhältnisses zum Allgemeinen Teil — Grundgedanken und Zwecke des Gesetzlichkeitsprinzips i.d.F. des Art. 103 II GG — Überblick über die internationale Entwicklung und Verbreitung des Gesetzlichkeitsprinzips — Zusammenfassung der Ergebnisse des Kapitels

C. Bisheriger Verlauf der Diskussion um die Geltung des Gesetzlichkeitsprinzips im Allgemeinen Teil anhand des Beispiels Analogieverbot

Streitstand — Notwendigkeit eines Neuansatzes

D. Begriffsbestimmung

Allgemeiner Teil — Bestimmtheitsgebot — Analogieverbot

E. Verfassungsrechtliche Natur und Struktur des Art. 103 II GG: Einbettung der AT-Problematik in die Verfassungsstruktur des Art. 103 II GG

Verfassungsrechtliche Natur von Art. 103 II GG: Grundrecht, grundrechtsähnliches Recht oder Schranken-Schranke? — Verfassungsrechtliche Struktur des Art. 103 II GG und die »immanenten Grenzen« — Gewährleistungsgehalt des Art. 103 II GG bezüglich des Allgemeinen Teils

F. Die Wirkungsweise von Art. 103 II GG im AT anhand von Beispielen

Versuchte Beihilfe — Fahrlässige Mittäterschaft — Actio libera in causa

G. Zusammenfassung

Literatur- und Sachwortverzeichnis

Bestellungen können an jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden.

Nutzung und Download von E-Books erfolgen über unsere eLibrary.

Tel.: 030/790006-0 · werbung@duncker-humblot.de · verkauf@duncker-humblot.de

www.duncker-humblot.de